

15.01.2014

## Kleine Anfrage 1881

der Abgeordneten Frank Herrmann und Marc Olejak PIRATEN

### **Sammelabschiebungen in süd-osteuropäische Länder 2014**

Immer wieder erreichen uns Berichte über die prekäre Situation von Minderheiten in süd-osteuropäischen Ländern. Nichtsdestotrotz hat die Große Koalition in Berlin in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien zu sicheren Herkunftsstaaten nach §29a Asylverfahrensgesetz zu erklären.

Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz haben beschlossen zumindest über den Winter bis zum 31.03.2014 keine Minderheitsangehörigen in die Staaten Serbien, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien abzuschieben. Den Antrag der Fraktion der PIRATEN mit dem Titel „Wintermoratorium für Abschiebungen in süd-osteuropäische Länder“ (Drs. 16/4951), der zum Inhalt hatte, dass sich NRW dem so genannten Wintermoratorium der vorgenannten Bundesländer anschließen möge, wurde von der Mehrheit des Landtages abgelehnt.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Erwartet die Landesregierung angesichts der Absicht der großen Koalition, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, eine Erhöhung der Anzahl der Abschiebungen in diese Staaten in 2014?
2. Für wann sind in 2014 Sammelabschiebungen von NRW in die Staaten Serbien, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien geplant? Bitte nach Zielstaaten unterscheiden.

Frank Herrmann  
Marc Olejak

Datum des Originals: 13.01.2014/Ausgegeben: 15.01.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)